



KP-Fraktion beim Votum gegen die Soares-Regierung: „Wir haben bis zuletzt gewartet“

Die Auslandsverschuldung bis Jahresende wird auf 3,5 Milliarden Dollar geschätzt, das Defizit der Zahlungsbilanz auf 1,2 Milliarden. Große Teile der vom früheren Diktator Salazar gehorteten Goldreserven mußten verkauft oder verpfändet werden.

Die Regierung Soares legte zwar einen mittelfristigen Wirtschaftsplan vor und verordnete zögernd einige Austerität-Maßnahmen. In der Hauptsache war sie jedoch damit beschäftigt, sich gegen die Attacken der wiedererstarkten Rechten und der Kommunisten zu wehren und die auseinanderstrebende Regierungspartei zusammenzuhalten.

Ihre Gesetzentwürfe konnte die Minderheitsregierung nur durch langwieriges Feilschen und Konzessionen mal an die Rechten, mal an die Linken durchs Parlament bringen — auf Kosten der eigenen Glaubwürdigkeit.

Seit Monaten muß die Regierung Soares zudem um eine lebenswichtige Kreditzusage in Höhe von 750 Millionen Dollar kämpfen, die elf Industrienationen Portugal bereits im Juni gegeben hatten. Grund: Der Kredit ist gebunden an Auflagen des Internationalen Währungsfonds — und der fordert radikale Eingriffe in das von den Sozialisten vorgelegte Wirtschaftsprogramm, unter anderem eine Drosselung der jährlichen Wachstumsrate von 7 auf 3,2 Prozent, sowie scharfe Einschränkungen bei den öffentlichen Ausgaben.

Mitte November waren die Verhandlungen mit dem Weltwährungsfonds derart festgefahren, daß sie unterbrochen werden mußten. Soares trat die Flucht nach vorn an: Er verknüpfte die Vertrauensfrage mit der Entscheidung,

die Verhandlungsbasis mit dem Währungsfonds zu akzeptieren. Soares: „Wir wollen endlich eine Klärung.“

Doch geklärt ist nun immer noch nichts. Portugals schweigsamer Präsident General Antonio Ramalho Eanes, der am Montag einen Besuch in der Bundesrepublik antritt, gab noch nicht zu erkennen, wen er mit der Regierungsneubildung betrauen will. Eindeutig erklärte er einstweilen nur, es bestehe „kein Grund zur Panik“. Ein Militärregime werde es nicht geben.

Wie es weitergehen soll, wissen auch die vorläufigen Sieger der Abstimmung gegen Soares noch nicht: Denn die Konservativen von PSD und CDS können ohne die Sozialisten ebenfalls keine Regierung auf die Beine stellen. Ratlos meinte das PSD-Führungsmittglied Sousa Franco nach der Abstimmung, geschehen müsse eben „irgend etwas“.

SCHWEIZ

Vögte unerwünscht

Am Kantönligeist wollen die Schweizer auch im Steuerrecht festhalten — und an der schonenden Behandlung ihrer Reichen.

Carletto Mumenthaler, Verwaltungsrat in 27 Unternehmen und Besitzer mehrerer Liegenschaften, ist ein armer Mann: Obwohl er ein Vermögen von mindestens 12,1 Millionen Franken hat, betrug sein Reineinkommen für 1976 — laut Steuererklärung — null Franken.

Seine private Bilanz sah freilich anders aus: Als Chef einer Backsteinfabrik

Behauptung:
70.455,84 DM
Einsparung p. a.
durch Plurifol
Papier-Druckplatten gegen-
über zentralem Kopieren

Gegenüber dezentralem
Kopieren sind es sogar
DM 87.901,44 jährlich.

Beweis:

Ein Kostenbeispiel aus der
Praxis. (Durchschnittswert
entspricht den Angaben intern.
Industrieunternehmen)

Der monatliche Vervielfältigungsbedarf
eines uns bekannten Unternehmens mit
600 Mitarbeitern in der Verwaltung beträgt:
36.000 Einzelvervielfältigungen (1.-10. Kopie)
109.380 Mehrfachkopien (ab 10. Kopie)
145.380 gesamtes Kopiervolumen

Xerographie zentral
145.380 Kopien x DM 0,064 pro Kopie
= DM 9.304,32

(Bei diesem Preis pro Kopie handelt es sich
um einen Durchschnittswert, der aufgrund
drei verschiedener Geräte auf der Basis von
24 Monatsverträgen ermittelt worden ist).

Xerographie und Kleinoffset
zentral
36.000 Einzel-Kopien (1.-10.)
x DM 0,065 (pro Kopie) = DM 2.340,—
109.380 Plurifol-Offsetdrucke
x DM 0,01 (pro Druck) = DM 1.093,—
= DM 3.433,—

Die Zusammensetzung der monatlichen
Kosten im Kleinoffset:
Gerätekosten: DM 11.000,—
Absetzung für Abnutzung
(5 Jahre) = DM 183,—
Zinsen 8% v. 1/2 Kapitalwert = DM 37,—
Wartung: DM 2.400,— p.a. = DM 200,—
Verbrauchsmaterial:
2500 Plurifol x DM 0,08 = DM 200,—
2500 Beschriftungen der Folie über
das Kopiergerät (Klitckpreis)
x DM 0,065 = DM 163,—
109.380 Drucke x DM 0,003
für Farbe = DM 328,—
= DM 1.111,—

Raummierte, Papierkosten, Makulatur/Fehl-
kopien, Versicherung, Personalkosten und
Energiekosten wurden bei diesem Kosten-
vergleich nicht berücksichtigt. Denn diese
Kostenarten fallen sowohl für die Xero-
graphie als auch für den Offsetdruck an.
Diese Kosten sollten individuell ermittelt
werden.

Die Beweise für unsere Behauptungen
sowie weiteres interessantes Informations-
material erhalten Sie auch schriftlich auf
Anforderung.



**Feldmühle
Aktiengesellschaft**

Sparte Büropapiere
und Spezialprodukte
Postfach 3029, 4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11/58 15 58, Telex: 08 584 451



Männer müssen fit sein

Im Beruf und in der Liebe. Bei Leistungsschwäche hilft SEXANORMA, das wirksame Präparat zur Weckung und Steigerung der Aktivität.

SEXANORMA, das Sexualpräparat für den Mann, verdient Ihr Vertrauen. Machen Sie einen Versuch mit

SEXANORMA®

Hochaktive Wirkstoffe verbessern gezielt und intensiv die Aktivität des Mannes. SEXANORMA enthält neben anderen wertvollen Substanzen die Wirkstoffe Extr. Yohimbehae und Muira Puama in hoher Konzentration, welche die sexuelle Bereitschaft des Mannes steigern und erhöhen. Außerdem noch den Wirkstoff Extr. Testes, der für die Potenz-Steigerung sehr wichtig ist. **Rezeptfrei.**

IN ALLEN APOTHEKEN

Ausschneiden und in der Apotheke vorlegen!



Besser planen

mit einem individuell abgestimmten Planungssystem! Nennen Sie uns Ihre spezielle Planungsaufgabe - wir zeigen Ihnen die richtige Lösung und gestalten Ihre Planungstafel 100%ig maßgeschneidert. Modulex-Planungstafeln beziehen Sie direkt von uns. Lassen Sie sich persönlich beraten.

MODULEX

2800 Bremen - St.-Pauli-Deich 3 ☎ 0421/505704
7101 Löwenstein bei Heilbronn ☎ 07130/6197

Bitte anrufen! Broschüre senden! 12

Firma/Name

Str./☎

PLZ/Ort

brik verdiente er — vorsichtigen Schätzungen zufolge — im selben Jahr rund 200 000 Franken, die Tantiemen als Verwaltungsrat brachten wohl weitere 130 000, und selbst bei einer Rendite von nur vier Prozent warf sein Vermögen eine halbe Million Franken ab.

Trotzdem ist Mumenthaler keineswegs ein Steuerhinterzieher. Denn die Fiskalordnung seines Kantons erlaubt es, Defizite seiner Unternehmen mit Einkünften aus unselbständiger Arbeit zu verrechnen.

Das herrschende Steuersystem nutzten 1976 allein in Zürich 50 Vermögensmillionäre. Nach der fiskalischen Einkommensverrechnung müssen sie nur die vergleichsweise geringe Vermögenssteuer zahlen: Bei einem Besitzstand von fünf Millionen sind das in der Stadt Zürich beispielsweise 36 312 Franken inklusive Kirchenabgabe.

In anderen Gemeinden und Kantonen, etwa in der Graubündner Hauptstadt Chur, kostet ein Fünf-Millionen-Vermögen 51 917 Steuer-Franken, anderswo noch ein bißchen mehr — überall jedoch vergleichsweise wenig.

Dieses, vor allem für juristische Personen günstige Nebeneinander verschiedener Besteuerungsarten wollten die Sozialdemokraten durch eine Neuordnung vereinheitlichen, die dem Bund mehr Steuer-Kompetenzen beschert hätte. Doch 38 Prozent der Stimmbürger lehnten vorletztes Wochenende diese „Volksinitiative zur Steuerharmonisierung, zur stärkeren Besteuerung des Reichtums, und zur Entlastung der unteren Einkommen“ der Sozis mehrheitlich ab.

Denn für die Schweizer sind die 25 kantonalen und rund 3000 kommunalen Steuerordnungen ein gehütetes Heiligtum ihres föderalistischen Staates: Seit Gründung der Eidgenossenschaft gehört es zum helvetischen Selbstbewußtsein, keine „fremden Richter“, keine Schul- oder „Steuervögte“ zu dulden.

Zwar mußten selbst die Ur-Föderalisten der Innerschweizer Kantone seit 1942 ein einheitliches Schweizer Strafrecht hinnehmen, doch wenigstens in der Bildungs- und Fiskalpolitik beharrt die Mehrheit des Stimmvolks bei jeder Abstimmung auf seinem alten Grundsatz des kantonalen Vielerlei.

Nicht mal ein „Recht auf Bildung“ wollten sich die Schweizer 1973 an den Urnen zugestehen, aus Angst, die kantonale Eigenbrötelei könne durch Bundeskompetenzen geschmälert werden.

Dank ihrer fiskalischen Autonomie können die Gemeinden der meisten Kantone mit ihren niedrigen Steuersätzen reiche Leute wie Gunter Sachs, Helmut Horten oder den Udo Jürgens als Geldgeber locken. Aufwendige Projekte wie Hallenbäder und Freizeitcenter finanzieren sie per Steuererhöhung.

Diese Art der Selbstbestimmung nützt jedoch nur den wohlhabenden Gemeinden und Kantonen. Reiche

Steuerpflichtige wanderten in steuergünstige Kantone und Gemeinden ab und zwangen die verlassenen Kommunen zu neuen Steuererhöhungen, um den Ausfall auszugleichen.

Trotz vielfältiger Finanzausgleichssysteme haben diese Praktiken längst dazu geführt, daß es — in der reichen Schweiz — heute arme Gemeinden gibt, die nicht einmal das Dorfschul-Klassenzimmer renovieren können. Sogar der vornehme Kanton Basel-Stadt mußte in den vergangenen Jahren die Zuwendungen für seine Universität und Kliniken drosseln.

Diese Ungleichgewichte und die Ohnmacht des Bundes wollten die Sozialdemokraten mit der „Reichtum



Pro-Reichtumsteuer-Plakat
Traum vom Millionär

steuer-Initiative“ bremsen, nach der Unternehmen nur mehr beim Bund versteuert und die Einnahmen zu zwei Dritteln an die Kantone verteilt werden sollten.

Dazu kam es nicht. Selbst der Anreiz, im Zuge der Neuordnung auch gleich noch die kleineren Einkommen von der Bundessteuer freizustellen, zog nicht. Obwohl neun von zehn Eidgenossen weniger als 40 000 Franken im Jahr verdienen, lehnten sie auch den Vorschlag ab, jene 23 000 Eidgenossen, die über 100 000 Franken im Jahr als Reineinkommen buchen — rund 1,2 Prozent aller Steuerzahler —, mehr als bisher zu belasten.

„Bei uns in der Schweiz“, resignierte einer der sozialdemokratischen Initianten, „träumt jeder, er werde irgendwann mal selber Millionär“ — und brauche dann wenigstens in Zürich keine Steuern mehr zu zahlen. ◆